

Vorlage Stadtparlament seitens des Präsidiums des Stadtparlaments vom 9. September 2024

Datum 19. September 2024
Beschluss Nr. 4318
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament:
Interpellationen

Interpellation SP/JUSO/PFG-Fraktion: Co-Präsiden im Stadtparlament möglich machen; schriftlich

Die SP/JUSO/PFG-Fraktion sowie mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 30. April 2024 die beiliegende Interpellation «Co-Präsiden im Stadtparlament möglich machen» mit insgesamt 32 Unterschriften ein.

Das Präsidium des Stadtparlaments beantwortet die Interpellation wie folgt¹:

1 Ausgangslage

Die Interpellation in Sachen Co-Präsiden im Stadtparlament ist eine Spielform der in letzter Zeit vermehrt diskutierten Frage nach der Zulässigkeit von Jobsharing (oder Topsharing) in der Politik. Diese Frage wurde und wird bis anhin namentlich in Bezug auf Exekutivämter gestellt – und durchgängig abschlägig beantwortet². In Bezug auf politische Ämter oder Funktionen auf Parlamentsstufe dagegen finden sich – soweit ersichtlich – diesbezüglich noch keine vertieften Abklärungen, weshalb sich eine

¹ Mit einer Interpellation kann gemäss Artikel 74 Absatz 1 des Geschäftsreglements des Stadtparlaments (SRS 151.1) verlangt werden, dass der Stadtrat im Stadtparlament Auskunft über einen Gegenstand der Stadtverwaltung erteilt. Die Frage nach der Zulässigkeit von Co-Präsiden im Stadtparlament (vorliegend betreffend Amt der Parlamentspräsidentin bzw. des Parlamentspräsidenten und betreffend Funktion einer Fraktionspräsidentin bzw. eines Fraktionspräsidenten) ist kein «Gegenstand der Stadtverwaltung».

Parlamentarische Vorstösse betreffend Geschäftsreglement des Stadtparlaments sind gemäss Artikel 67 Absatz 1 des Geschäftsreglements des Stadtparlaments in der Form einer Motion oder eines Postulats möglich; solche Motionen oder Postulate richten sich an das Präsidium des Stadtparlaments.

Obwohl die Interpellation im vorliegenden Fall die falsche Vorstoss-Form ist, und obwohl der Stadtrat der falsche Adressat ist, ist das Präsidium des Stadtparlaments bereit, die Interpellation zu beantworten, damit eine entsprechende klärende Diskussion im Parlamentsplenum geführt werden kann (und nicht nur im Präsidium des Stadtparlaments; jedes Mitglied des Präsidiums kann solche Fragen ins Präsidium einbringen).

² Vgl. Schriftliche Antwort der Regierung des Kantons St.Gallen vom 14. April 2020 auf die Interpellation «Topsharing – Jobsharing in der Politik», KR Nr. 51.20.19; Schriftliche Antwort des Stadtrats Wil vom 20. Mai 2020 auf die Anfrage 231 «Jobsharing auch für höchste politische Ämter?»; ebenso Andreas Kley, Gutachten über eine Doppelkandidatur für ein Regierungsratsmandat [im Kanton Basel-Stadt] vom 14. April 2020; Walter Haller, Besetzung von Vollämtern im Job Sharing?, in: ZBI 98 (1999), S. 193–206.

Auseinandersetzung durchaus lohnt. Dabei sind die in Bezug auf die Exekutivämter aufgeworfenen Pro- und Contra-Argumente einer erneuten Prüfung unter dem veränderten Blickwinkel der fraglichen Legislativämter zu unterziehen.

Jobsharing bedeutet dabei eine spezielle Form der Arbeitsteilung: Zwei oder auch mehrere Personen übernehmen gemeinsam die Verantwortung für die Erfüllung einer Aufgabe. Sie entscheiden dabei grundsätzlich selbst über die Arbeitszeitgestaltung und die interne Arbeitsaufteilung, sind jedoch verpflichtet, die geschuldeten Dienstleistungen während der vollen Dauer der Amtszeit zu erbringen, was eine gegenseitige Vertretungspflicht beinhaltet. Im Jobsharing ist durch die enge Zusammenarbeit als Team eine ganz andere Arbeitsweise möglich. Auch sehr anspruchsvolle Aufgaben, die in Teilzeit schwer realisierbar sind, können im Jobsharing teilzeittauglich werden. Jobsharing kann damit einen wertvollen Beitrag leisten zur Vereinbarkeit von politischen Ämtern mit weiteren Pflichten beruflicher oder familiärer Art, was wiederum die Bereitschaft für die Übernahme derartiger Ämter erhöht.

Wenn die Frage nach der Möglichkeit von Co-Präsidien des Stadtparlaments und von Fraktionen gestellt wird, müsste sie jedoch konsequenterweise auch für andere zeit-intensive Funktionen des Stadtparlaments überlegt werden (Präsidium der Geschäftsprüfungskommission GPK? Präsidium der Liegenschaften- und Baukommission LBK? Präsidien weiterer parlamentarischer Kommissionen? Präsidien von allfälligen Spezialkommissionen?). Oder müsste diese Frage sogar bei den zeitintensiven «blossen» Mitgliedschaften in der GPK und in der LBK gestellt werden?

Überdies lässt sich fragen, ob die (bestehenden) Stellvertretungslösungen nicht die adäquatere Problembewältigung darstellen:

- die Vizepräsidentin des Stadtparlaments vertritt den Präsidenten des Stadtparlaments im Bedarfsfall bei der Sitzungsleitung und bei repräsentativen Anlässen und sammelt so Erfahrung für ihr folgendes Präsidialjahr;
- die Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten können sich im Parlamentspräsidium vertreten lassen.

Schliesslich gilt es noch darauf hinzuweisen, dass Co-Präsidien von zwei Personen erfahrungsgemäss nicht «halbierte» Arbeit bedeuten, denn die Fachmaterie der einzelnen zu behandelnden Traktanden muss trotzdem von beiden Personen verstanden werden, die Akten müssen trotzdem von beiden Personen gelesen werden, es braucht Absprachen und Informationsaustausch untereinander, und es braucht nicht zuletzt die Erfahrung von vielen geleiteten Sitzungen, um es immer besser machen zu können.

Im Übrigen stellen sich nicht nur (wie in der Interpellation aufgeworfen) **rechtliche Fragen**, sondern auch **praktische Fragen**. Auch darauf soll im Folgenden eingegangen werden.

2 Beantwortung der Fragen

1. *Lässt Art. 21 Abs. 1 Ziffer 1 und 4 der Gemeindeordnung zu, dass das Amt des:r Parlamentspräsident:in und/oder auch das Fraktionspräsidium als Co-Präsidium geführt werden können?*

Zur Beantwortung der Frage nach der rechtlichen Zulässigkeit von Jobsharing auf Parlamentsstufe ist zuerst das übergeordnete Recht zu konsultieren. Gemäss Art. 36 i.V.m. Art. 40 der Verfassung des

Kantons St.Gallen (sGS 111.1; KV) wählen die Stimmberechtigten die Mitglieder der Gemeindeparlamente, wobei das Proporz-Verfahren zur Anwendung gelangt. Die Organisation der Gemeinde inkl. diejenige eines allfälligen Parlaments wird, im Rahmen des Gesetzes, in der durch die Gemeinde zu erlassenden Gemeindeordnung geregelt (vgl. Art. 94 f. KV). Weitere Vorschriften bezüglich Zusammensetzung der Gemeindeparlamente sind der Kantonsverfassung nicht zu entnehmen. Es fehlen namentlich auch jegliche Hinweise in Bezug auf das vorliegend interessierende Jobsharing.

Gleiches gilt für das Gemeindegesetz (sGS 151.2; GG). Die Art. 58 ff. GG legen lediglich fest, wie das Parlament zu bestellen ist, was bezüglich Organisation durch das Parlament im Rahmen eines Geschäftsreglements zu regeln ist und wofür das Parlament zuständig ist. Zu den Details in Sachen Organisation schweigt sich das Gemeindegesetz jedoch aus, weshalb den Gemeinden hier eine grosse Autonomie bzw. ein grosser Handlungsspielraum bleibt. Dies gilt insbesondere auch bezüglich Einführung der Möglichkeit eines Jobsharings auf Parlamentsstufe, zumal keinerlei Anhaltspunkte bestehen, dass der kantonale Gesetzgeber mittels «qualifizierten Schweigens» diesbezügliche Einschränkungen aufstellen wollte.

Die Frage der Zulässigkeit von Jobsharing auf Parlamentsstufe ist entsprechend allein anhand der Gemeindeordnung sowie weiterer städtischer Reglemente zu klären:

Artikel 19 der Gemeindeordnung (SRS 111.1; GO) legt die **Zahl der Mitglieder des Stadtparlaments** auf 63 fest. Weil sich aber alle Funktionen, die in Artikel 21 GO genannt sind, aus der Mitte der 63 Mitglieder des Stadtparlaments rekrutieren, vermehren allfällige Co-Präsidien des Stadtparlaments (Artikel 21 Absatz 1 Ziffer 1) und von Fraktionen (Artikel 21 Absatz 1 Ziffer 4) die Mitgliederzahl des Stadtparlaments nicht. Artikel 19 GO stellt somit keine Schranke für allfällige Co-Präsidien des Stadtparlaments und von Fraktionen dar, solange die Zahl von 63 Mitgliedern des Stadtparlaments dadurch nicht erhöht werden soll.

Artikel 21 GO zählt jene Funktionen auf, aus welchen das **Parlamentspräsidium** besteht. Der Gesetzgeber dachte dabei wohl an je einzelne Personen. Dass die Co-Besetzung solcher Funktionen in der Gemeindeordnung nicht ausdrücklich als möglich oder als ausgeschlossen erwähnt wurde, mag daran liegen, dass beim Erlass der Gemeindeordnung und bei ihrer letzten Totalrevision schlicht noch nicht an Co-Präsidien gedacht wurde. In dieser Hinsicht haben sich die gesellschaftlichen Umstände seither geändert. **Wortlaut und historische Auslegung** von Artikel 21 GO legen entsprechend nahe, dass mit «Präsidentin oder Präsident» und mit «Fraktionspräsidentinnen und Fraktionspräsidenten» jeweils eine präsidierende Einzelperson des Parlamentsplenums und der jeweiligen Fraktion gemeint ist.

Die **systematische und teleologische Auslegung** von Artikel 21 GO innerhalb des 3. Titels der Gemeindeordnung, Stadtparlament (Artikel 19 – 35), schliesst Co-Präsidien des Stadtparlaments oder von Fraktionen nicht aus, solange die in Artikel 19 GO definierte Mitgliederzahl des Stadtparlaments nicht verändert wird. In Bezug auf ein Co-Parlamentspräsidium steht jedoch die explizite Erwähnung eines Vizepräsidiums der Zulässigkeit eines Co-Präsidiums im Wege, zumal die Funktion des Vizepräsidiums primär die Stellvertretung umfasst; eine Funktion, die bei Co-Präsidien bzw. im Jobsharing zwingend den Stellenpartnerinnen bzw. Stellenpartnern zugewiesen ist. Gleiches gilt für die in Abs. 2 erwähnte Leitungsfunktion der Parlamentspräsidentin bzw. des Parlamentspräsidenten, deren Formulierung klar auf ein «monokratisches», der Persönlichkeit der amtsinhabenden Person besonderes Gewicht beimessendes Leitbild schliessen lassen. Für Fraktionspräsidien gelten diese Einschränkungen hingegen nicht.

Falls der explizite Wortlaut der GO in diesem Artikel geändert werden sollte, stünde eine obligatorische Volksabstimmung an. Es lässt sich fragen, ob die Möglichkeit von **Co-Präsidien im Stadtparlament** auf Stufe GO geregelt werden soll oder ob eine modernere Auslegung des unveränderten Wortlauts von Artikel 21 GO durch präzisierende Ausführungen im untergeordneten Geschäftsreglement des Stadtparlaments (SRS 151.1) erfolgen könnte (dazu mehr in der folgenden Beantwortung von Frage 2 der Interpellation) sowie im Reglement über die Entschädigung der Mitglieder des Stadtparlaments (SRS 151.11) (dazu mehr in der folgenden Beantwortung von Frage 3 der Interpellation). In Bezug auf **Co-Fraktionspräsidien** lässt sich diese Frage (ob eine modernere Auslegung des unveränderten Wortlauts der GO genügt) bejahen, zumal Art. 21 Abs. 1 Ziff. 4 GO bereits den Plural verwendet (auch wenn davon auszugehen ist, dass dies mit Blick nicht auf Co-Fraktionspräsidien, sondern auf eine Mehrzahl an Fraktionen so niedergeschrieben wurde). Die Einführung eines **Co-Parlamentspräsidiums** allein gestützt auf eine «moderne» Auslegung würde dagegen den Rahmen einer zulässigen Weiterentwicklung des Rechts mittels Auslegung sprengen: Angesichts des klaren Wortlauts der einschlägigen Bestimmungen sowie der klaren Absicht des Gesetzgebers ist es angebracht, den Gesetzgeber selbst formell über die Einführung der Möglichkeit eines Co-Parlamentspräsidiums entscheiden zu lassen.

2. *Wenn ja, kann aus dem Geschäftsreglement des Parlaments (Art. 2 Abs. 1 lit. a und d) ebenfalls abgeleitet werden, dass Co-Präsidien möglich sind, oder benötigt es hierzu eine Anpassung des Geschäftsreglements des Parlaments?*

Artikel 2 Absatz 1 des Geschäftsreglements des Stadtparlaments wiederholt Artikel 21 Absatz 1 der Gemeindeordnung. Solche Wiederholungen in einem untergeordneten Erlass sollen aus legislativer Sicht grundsätzlich so weit als möglich vermieden werden. Hier dient diese Wiederholung von Absatz 1 (Zusammensetzung) der Hinführung auf Absatz 2 (Wahl).

Ohne explizite Änderung des Wortlauts von **Artikel 2**, wonach die Funktion der Präsidentin bzw. des Präsidenten (und in Vorbereitung auf dieses Amt wohl auch die Funktion der Vizepräsidentin bzw. des Vizepräsidenten im jeweiligen Vorjahr) und die Funktion der Fraktionspräsidentinnen bzw. der Fraktionspräsidenten auch in einer Co-Besetzung denkbar seien³, sind entsprechende Nominationen durch Fraktionen und Wahlen durch das Stadtparlament (für Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a und b) kaum denkbar; die Wahl betreffend Fraktionspräsidien (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d) vollzieht sich in den Fraktionen. Es wird kaum jemand anregen, auch die Funktion der drei Stimmenzählerinnen bzw. -zähler (Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c) solle je mit Co-Stimmenzählerinnen bzw. -Stimmenzählern besetzt werden können.

Sollte das Stadtparlament zum Schluss kommen, Co-Besetzungen für das Amt der Parlamentspräsidentin bzw. des Parlamentspräsidenten sowie für die Funktion der Fraktionspräsidentinnen bzw. -präsidenten sollten ermöglicht werden, müsste **Artikel 5** mit seiner Stellvertretungsregelung geändert werden: im Falle eines Co-Präsidiums der Parlamentsleitung wäre es nicht mehr die Vizepräsidentin bzw. der Vizepräsident (Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a), welche bzw. welcher die Präsidentin bzw. den Präsidenten im Verhinderungsfall vertritt, sondern die Co-Präsidentin bzw. der Co-Präsident; im

³ Zu empfehlen wäre dann wohl die Einschränkung auf «zwei Co-Präsidentinnen bzw. -Präsidenten» zumindest in der erläuternden Vorlage zu einer solchen Änderung, damit nicht später die Frage auftaucht, ob diese Ämter auch je zu dritt wahrgenommen werden könnten.

Falle eines Fraktions-Co-Präsidiums würde die Stellvertretung an den Sitzungen des Präsidiums (als Gremium) nicht durch «ein Mitglied aus ihrer Fraktion» wahrgenommen (Artikel 5 Absatz 2), sondern durch die Co-Fraktionspräsidentin bzw. den Co-Fraktionspräsidenten.

Praktische Fragen stellen sich zu Artikel 4 mit den Rechten und Pflichten der Präsidentin bzw. des Präsidenten des Stadtparlaments; in welchem Turnus sollen sie zwischen den beiden Personen des Co-Präsidiums abwechselnd wahrgenommen werden?

- **Einberufung des Stadtparlaments sowie des Präsidiums und Erlass der Traktandenliste** (Absatz 1 Buchstabe a): bei jeder Sitzung des Stadtparlaments und des Präsidiums abwechselungsweise, übersteuert im Verhinderungsfall? Der Stadtschreiber und die Stadtkanzlei müssen wissen, wen sie betreffend Genehmigung der Traktandenliste anfragen können;
- **Leitung der Verhandlungen des Stadtparlaments und des Präsidiums** (Absatz 1 Buchstabe b): bei jeder Sitzung abwechselungsweise? Dies bedingt im Stadtparlament, dass für jede Sitzung die Sitzordnung geändert werden muss, indem sich die beiden Personen im Co-Präsidium bei jeder Sitzung abwechselnd auf den Stuhl vorne bzw. im Plenum setzen, und dass auch die Abstimmungsanlage sowie die Darstellung im Internet nach jeder Sitzung wieder geändert werden muss;
- **Wachen über die Rechte des Stadtparlaments und über die Befolgung des Geschäftsreglements** (Absatz 1 Buchstabe c): so weit sich dies während einer Sitzung des Stadtparlaments vollzieht, obliegt dies jeweils jener Person im Co-Präsidium, die an dieser Sitzung das Präsidium innehat; was aber ist mit Fragen, die sich ausserhalb von Sitzungen ergeben, bei bestimmten traktandierten Geschäften? Soll dies in der Praxis so gelöst werden, dass immer am Tag nach einer Sitzung des Stadtparlaments die andere Person im Co-Präsidium übernimmt, bis und mit dem Tag der nächsten Sitzung des Stadtparlaments?
- **Vertretung des Stadtparlaments gegen aussen** (Absatz 1 Buchstabe d): an wen soll die Stadtkanzlei Einladungen von Dritten an Anlässe weiterleiten? Immer an beide Personen im Co-Präsidium, so dass sich diese beiden Personen jeweils absprechen müssen, wer der Einladung Folge leisten kann (es wird ja kaum so sein, dass dann bei mehreren Anlässen beide Personen im Co-Präsidium teilnehmen, weil der zeitliche Aufwand dann nicht zwischen diesen beiden Personen aufgeteilt werden könnte)?
- **Unterzeichnung im Namen des Stadtparlaments zusammen mit der Stadtschreiberin bzw. dem Stadtschreiber** (Absatz 1 Buchstabe e): Sitzungsprotokolle und an dieser Sitzung erlassene Reglemente würden jeweils von jener Person im Co-Präsidium unterzeichnet, welche die Leitung dieser Sitzung innehatte; Dankesschreiben für Anlässe oder ähnliches würden von jener Person im Co-Präsidium unterzeichnet, welche an diesem Anlass teilgenommen hat;

Die Aufgaben gemäss Artikel 4 Absatz 2 obliegen jeweils jener Person im Co-Präsidium, welche die entsprechende Sitzung leitet:

- **Wegweisung von Fehlbaren von der Tribüne im Stadtparlament und nötigenfalls für die restliche Dauer des Traktandums oder der Sitzung** (Absatz 2 Buchstabe a bzw. Artikel 35 Absatz 3);
- **Zuweisung von besonderen Plätzen Sitzungssaal an Medienschaffende, die regelmässig über Verhandlungen des Stadtparlaments berichten** (Absatz 2 Buchstabe b bzw. Artikel 36 Buchstabe b): in der Praxis ist den Medienschaffenden bekannt, wo sie sich im Stadtparlamentssaal hinsetzen können; falls dies im Einzelfall einer Medienschaffenden bzw. einem Medienschaffenden nicht bekannt sein sollte, entlastet der Stadtschreiber die Parlamentspräsidentin bzw. den Parlamentspräsidenten von dieser Aufgabe;

- **Gestatten von optischen und akustischen Aufnahmen im Sitzungssaal und auf der Tribüne, sofern sie den ordentlichen Parlamentsbetrieb nicht beeinträchtigen** (Absatz 2 Buchstabe c bzw. Artikel 37 Absatz 1);
- **Aufhebung der Sitzung, falls weniger als 32 Mitglieder anwesend sind** (Absatz 2 Buchstabe d bzw. Artikel 40 Absatz 3);
- **Durchführung einer zweiten Beratung einer Vorlage, die an einer der nächsten Sitzungen stattfindet** (Absatz 2 Buchstabe e bzw. Artikel 48 Absatz 2);
- **Erklärung eines unbestrittenen Antrags zum Beschluss des Stadtparlaments, falls einem Antrag kein Gegenantrag gegenübersteht** (Absatz 2 Buchstabe f bzw. Artikel 84).

Diese Aufzählung verdeutlicht, wie wichtig es ist, bei einer allfälligen Einführung von Co-Präsidien alle sich stellenden Fragen vorab sauber zu klären und reglementarisch festzuschreiben. Dies gilt insbesondere in Bezug auf zwei Bereiche, die bis anhin im Geschäftsreglement mangels der Möglichkeit von Co-Präsidien noch nicht bzw. nicht eingehend geregelt werden mussten, für ein reibungsloses Funktionieren von Co-Präsidien jedoch zwingend zu klären sind: die Frage der Wahl sowie Regeln über die Zusammenarbeit der Stellenpartnerinnen bzw. Stellenpartner (insbesondere auch beim Auftreten von Problemen):

- In Sachen **Wahlen** gilt es unter anderem folgende Fragen zu klären: Erfolgt die Wahl ins Co-Präsidium einzeln oder sind «Tickets» bzw. gemeinsame Wahlvorschläge erlaubt und/oder zwingend? Sind sowohl Einzel- als auch Doppelkandidaturen möglich? Und was passiert beim Rücktritt eines Stellenpartners bzw. einer Stellenpartnerin? Während diese Fragen bei Co-Fraktionspräsidien durch die einzelnen Fraktionen beantwortet werden können, braucht es für das Co-Parlamentspräsidium vorab klare Regeln.
- Die Einführung von Jobsharing für jedes Amt setzt zwingend voraus, dass «das Tandem gut zusammenspielt». Die Stellenpartner müssen sich gegenseitig informieren und sich über gemeinsam zu fällende Entscheide beraten. Im Fall einer schlechten Zusammenarbeit werden die beiden Stellenpartner bzw. Stellenpartnerinnen handlungsunfähig. Deshalb braucht es **klare Regeln, wie die Zusammenarbeit abzulaufen hat**, und was bei Problemen in der Zusammenarbeit zu tun ist, bis hin zu einem erzwungenen Rücktritt beider Stellenpartner bzw. beider Stellenpartnerinnen.

3. *Wenn nein, wäre der Stadtrat bereit, die Gemeindeordnung entsprechend anzupassen?*

Wie in Fussnote 1 ausgeführt, wäre für ein Anstossen solcher Änderungen betreffend Parlamentsbetrieb in der Gemeindeordnung nicht der Stadtrat zuständig. Eine entsprechende Vorlage an das Stadtparlament müsste vom Präsidium des Stadtparlaments initiiert werden. Jede Anpassung der Gemeindeordnung bedingt im späteren Verlauf des Geschäfts eine Volksabstimmung.

4. *Welche weiteren gesetzlichen Anpassungen wären notwendig, damit sowohl das Amt des:r Parlamentspräsident:in wie auch jenes des Fraktionspräsidiums in einer Co-Leitung möglich sind (bspw. zur Vermeidung doppelter Stimmrechte)?*

Im **Reglement über die Entschädigung der Mitglieder des Stadtparlaments** (SRS 151.11) müssten Klärungen bzw. Präzisierungen vorgenommen werden:

- **Doppeltes Sitzungsgeld für das vorsitzende Mitglied** (Artikel 7): jene Person im Co-Präsidium, welche die entsprechende Sitzung leitet;
- **Zusätzliche jährliche pauschale Entschädigung** (Artikel 8): wohl beide Personen im Co-Präsidium je die Hälfte; im Falle der Präsidentin bzw. des Präsidenten des Stadtparlaments somit je

CHF 1'000 statt CHF 2'000; im Falle der Fraktionspräsidentinnen bzw. Fraktionspräsidenten je CHF 200 statt CHF 400 (im Falle von Änderungen eines Fraktionspräsidiums während eines Amtsjahres zahlt die Stadtkanzlei diese Pauschale jeweils pro rata temporis aus);

- **Beitrag an die Präsidentinnen- bzw. Präsidentenfeier des Stadtparlaments** (Artikel 11 Absatz 2): falls für ein bestimmtes Jahr ein Co-Präsidium die Ratsleitung übernehme, müsste der Beitrag von höchstens CHF 17'000 gleich bleiben; beide Personen im Co-Präsidium dürften nur je rund 20 Personen einladen aus Familie, Freunden, Beruf, Partei, nicht rund 40, weil es sich sonst nicht mehr mit einer Mehrheit (von zwei Dritteln) der Teilnehmenden um einen Parlamentsanlass handelte (63 Mitglieder des Stadtparlaments, 5 Mitglieder des Stadtrats, Mitarbeitende mit Parlamentsdienstaufgaben aus der Stadtkanzlei und aus der Stabsstelle Kommunikation ergeben zusammen rund 80 Personen).

Der Präsident des Stadtparlaments:
Vica Mitrovic

Der Ratssekretär:
Manfred Linke

Beilage:

- Interpellation vom 30. April 2024